

CDU

Kauder: „Wir wollen 2006 eine bessere Regierung stellen“

Rede des designierten CDU-Generalsekretärs, **Volker Kauder**, anlässlich seiner Wahl zum Generalsekretär der CDU Deutschlands durch den Bundesausschuss am 24. Januar 2005 in Berlin

Herzlichen Dank. Zu dieser Vorstellung übergebe ich das Wort an Volker Kauder. Bitte Volker.

Herr Kauder:

Herr Tagungspräsident,
Herr Vorsitzende,
liebe Freundinnen,
liebe Freunde,

Sie haben gehört, dass Angela Merkel mich zur Wahl als Generalsekretär vorgeschlagen hat. Dies ist eine faszinierende, aber auch eine schwere Aufgabe. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt, und man kann es heute in Zeitungen lesen, habe ich mir diese Aufgabe als einen Traumjob vorstellen können. Ich bin dann nicht Generalsekretär der Bundespartei geworden, sondern Generalsekretär der CDU in Baden-Württemberg. Eine Aufgabe, die ich seit 13 Jahren nun mache und die in wenigen Monaten beendet sein wird. Ich habe diese Aufgabe in der CDU Baden-Württemberg ausschließlich ehrenamtlich gemacht. Liebe Freundinnen und Freunde, die Aufgabe als Generalsekretär ist deshalb so faszinierend, weil sie die Möglichkeit gibt, über das zu reden, was christlich-demokratische Politik ausmacht. Ich nehme deshalb diese Herausforderung gerne an. Und ich nehme sie auch deshalb gerne an, weil ich meinen Beitrag dafür leisten will, dass wir miteinander ein großes Ziel erreichen, und dieses große Ziel heißt, wir wollen im Jahr 2006 diesem Land und den Menschen unserer Heimat eine bessere Bundesregierung stellen.

Ich will unsere Parteivorsitzende Angela Merkel auf diesem Weg nach Kräften unterstützen, und ich bitte Sie alle mitzumachen. Die Menschen müssen spüren, dass wir leidenschaftlich dieses Ziel verfolgen, dass in uns das Feuer brennt. Nicht für uns, sondern für unser Land und für die Menschen in unserem Land. Und eine bessere Regierung, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ist so dringend notwendig. Angela Merkel hat eine ganze Reihe von Punkten bereits angesprochen, die ich deshalb verkürzt darstelle. Sie können erkennen bei dem, was ich sage, dass zwischen dem, was Angela Merkel für die Union fordert, und zwischen dem, was ich für notwendig halte, es keinen Unterschied gibt. Und dies ist schon ein erstes Zeichen von Geschlossenheit an der Führungsspitze dieser Christlich-Demokratischen Union.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, während wir in der Union darum kämpfen, für dieses Land etwas Besseres zu erreichen, auch heute hier in diesem Bundesausschuss, hat sich der Bundeskanzler seit Wochen von der eigentlichen Regierungsarbeit verabschiedet. Im Wesentlichen erschöpft er sich in präsidialen Reden und Festansprachen. Er inszeniert sich selbst auf allen Kanälen, und dabei hätte er doch wirklich allen Grund, kräftig anzupacken. Er ist nämlich der Bundeskanzler in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands mit der

schlechtesten Wirtschaftsbilanz, die es jemals in unserem Land gegeben hat. Und wenn man eine solche Bilanz vorzuweisen hat, dann nur auf Reichsbanketten rumzureisen, ist unverantwortlich. Und dann einen Satz zu sagen, der die Menschen, die betroffen sind, tief treffen muss und der die ganze Haltung und Mentalität dieses Bundeskanzlers zeigt. Mir sagte er angesichts einer millionenstarken Arbeitslosigkeit auf die Frage, was wird nun getan, um dieses Grundproblem unserer Gesellschaft zu bekämpfen. "Wir", sagt der Bundeskanzler, "haben jedenfalls mit der Arbeitsmarktreform unser Möglichstes zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit getan." Punkt. Mehr ist also von ihm nicht zu erwarten. Dieser Bundeskanzler nimmt die Sorgen der Menschen in unserem Land nicht ernst, und das ist der entscheidende Vorwurf, den wir ihm machen müssen.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, dieser Bundeskanzler gefährdet Grundfesten in unserem Land. Angela Merkel hat es angesprochen, er gefährdet die finanzielle Stabilität in Deutschland und in Europa. Was sollen denn andere Länder in Europa denken, die auch Probleme mit der Verschuldung haben, wenn der Bundeskanzler als der Kanzler des größten Landes in Europa sich hinstellt und sagt, "alles nicht so schlimm, wir müssen das alles noch ändern", und er öffnet die Türe nicht für mehr Stabilität, sondern für mehr Verwilderung bei den Sitten, Verschuldung zu bekämpfen. Dies dürfen wir nicht zulassen, liebe Freundinnen und Freunde.

Und dann müssen wir immer, wenn wir ein solches Thema ansprechen, was bei vielen Menschen als sehr theoretisch und wenig unmittelbar betroffen ankommt, auch sagen, es geht hier nicht um die reine Finanzierungspolitik, obwohl die Stabilität Europas schon ein ganz wichtiger Wert darstellt, nein, es geht vor allem darum, dass dieser Bundeskanzler Zukunftschancen der jungen Generation vernichtet. Darüber müssen wir sprechen. Wer die Verschuldung so nach oben treibt, wer Arbeitslosigkeit nicht entschieden bekämpft, der zerstört Zukunftschancen der jungen Generation, und dafür müssen wir insbesondere eintreten, dass junge Menschen Zukunftschancen haben. Angela Merkel hat's gesagt, wer kein Vertrauen in die Zukunft hat, der wird auch keine Familie gründen. Wer sich Sorgen machen muss, ob er seine Familie durchbringen kann finanziell, der wird sich eben genau überlegen, ob er Kinder in die Welt setzen will oder nicht. Und deshalb, die Zukunftschancen der jungen Generation sind eines der zentralen Themen, mit der wir in der Union in diesem Jahr arbeiten werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, dieser Bundeskanzler ist mit dem Satz angetreten, er wird Deutschland modernisieren. Und genau an dem Punkt, wo es darauf entschieden angekommen wäre, dieses Signal zu geben, dass Deutschland modernisiert wird, hat der Bundeskanzler bewusst Sand ins Getriebe geworfen. Er trägt nämlich ausschließlich und allein die Verantwortung dafür, dass das Projekt Föderalismuskommission gescheitert ist mit seinem sturen, uneinsichtigen Festhalten beim Thema Bildung. Und deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, wenn der Bundeskanzler nun große Krokodilstränen darüber vergießt, dass dieses Thema nicht zum Abschluss gekommen ist und er sagt, wir müssen da weitermachen, muss klipp und klar gesagt werden, wir brauchen in der Bildung nicht mehr Zentralität, sondern wir brauchen in der Bildung mehr Wettbewerb. Und wenn der Bundeskanzler sich hier nicht bewegt, trägt er Verantwortung dafür, dass die Modernisierung dieses Landes nicht vorankommt. Und liebe Freundinnen und Freunde, und ich weiß, dass dies ein harter Vorwurf ist, und ich habe mir sehr genau überlegt, ob ich ihm sage, dieser Bundeskanzler trägt Verantwortung dafür, dass dieses Land gespalten wird, gespalten wird in Menschen mit Zukunftschancen und Menschen ohne Zukunftschancen. Wer sich nicht

um Arbeitslosigkeit kümmert, wer nicht dafür sorgt, dass Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, der spaltet dieses Land. Und das, was Frau Merkel gesagt hat, ist genau das Thema. Diese Bundesagentur kommt zu ihrer eigentlichen Aufgabe nicht mehr. 90.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben im Jahr 2004 200.000 Menschen in Arbeit vermittelt. Das ist doch ein Skandal erster Ordnung, dass diese Bundesagentur ihre Kernaufgabe nicht mehr wahrnimmt.

Und diese Bundesregierung versagt bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme total. Wir haben mit dieser Bundesregierung einen Kompromiss gemacht in der Gesundheit, damit auf jeden Fall die schlimmsten Probleme dieses Systems behoben werden können, eine endgültige Lösung stellt aber dieser Kompromiss nicht dar. Die Bundesregierung sagt aber bis zum heutigen Tag nicht, wie sie sich eine Lösung dieser Gesundheitsthemen vorstellt. Sie hat, wie so oft, einfach einen Begriff in die Welt gesetzt, Bürgerversicherung, und danach war absolute Sendepause. Es werden die Menschen nicht darüber informiert, was sich hinter diesem Begriff verbirgt. Und ich kann nur sagen, dies wird auch eine meiner Aufgaben als Generalsekretär sein, dies nicht zuzulassen, dass mit Begriffen operiert wird, aber den Menschen nicht die Wahrheit gesagt wird, was sich hinter diesen Begriffen verbirgt.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Bundesregierung und die Rot/Grüne Regierungskoalition sagt es deshalb nicht, weil sie genau weiß, dass ein Sturm der Entrüstung losgetreten würde, wenn sie sagen würde, dass die Kapitaleinkünfte, die Zinsen des kleinen Sparers mit Beiträgen belegt werden sollen, dass Vermietungen, Verpachtungen einbezogen werden sollen, dass trotzdem die Eigenbeteiligung weiter steigen müsste. Ich kann nur eines sagen, wir alle wissen und die Menschen in diesem Land auch, diese Bundesregierung hat oft genug die Menschen an der Nase herumgeführt und vor den Wahlen nicht gesagt, was sie nachher gemacht hat. Das werden wir nicht zulassen. Wir werden diese Bundesregierung stellen.

Und nun, liebe Freunde, was ist mit uns?

Zunächst einmal glaube ich, dass ein bisschen mehr Selbstbewusstsein angesagt ist. Also liebe Freunde, doch nicht bei jedem Blick in die neueste Ausgabe eines großen Magazins, wenn die Meinungsumfragen nicht so gut sind, oder wenn der neueste Deutschlandtrend kommt, sofort in Irritation geraten. Wir haben etwas vorzuweisen, und deshalb, um zu zeigen, dass wir etwas vorzuweisen haben und es nicht nur einfach sagen, habe ich die Straße auf dem Weg hier zum Konrad-Adenauer-Haus mit Beispielen plakatieren lassen. Dort, wo die Union regiert, geht's einfach besser. Und das müssen wir den Menschen auch immer wieder sagen. Und solche Kampagnen, liebe Freundinnen und Freunde, wie wir sie heute gemacht haben, solche Kampagnen werden folgen in unserem Land. Die Menschen müssen's nicht nur hören, sondern sie müssen's Schwarz auf Weiß gedruckt sehen, dass wir wirklich etwas können. Und wir können auch zeigen, dass schon nach relativ kurzer Zeit nach Regierungsübernahme durch eine Unions-geführte Regierung sich in diesen Ländern Erhebliches verändert. Das Beispiel Hessen und das Beispiel Niedersachsen zeigen dies. Kaum sind dort CDU-geführte Regierungen dran gekommen, hat sich nicht nur das Klima in den Ländern verändert, sondern auch die Fakten haben sich verändert. Und deshalb kann ich in Schleswig-Holstein nur sagen, wenn wir dort auftreten, Leute, schaut euch um in unserem Land, und dann werdet ihr sehen, es ist nicht gottgegeben, dass Schleswig-Holstein den letzten Platz haben muss, sondern das ist ausschließlich eine Frage der rich-

tigen Regierungspolitik in diesem Land. Und deswegen brauchen wir mit Peter Harry Carstensen den Wechsel in Schleswig-Holstein. Denn, liebe Freundinnen und Freunde, es ist uns nicht egal, wie die Menschen in Schleswig-Holstein leben. Und ich, der ich aus dem Süden komme, kann nur sagen, jawohl, wir sind in Baden-Württemberg sehr gut und in Bayern gut, aber wir freuen uns um jeden Wettbewerber, der dazu kommt, damit wir alle insgesamt noch besser werden können. Also wir haben etwas vorzuweisen, darüber müssen wir reden, und wir müssen auch darüber reden, was in Schleswig-Holstein los ist. Der Chancenkiller Schleswig-Holstein hat einen Namen: Heide Simonis. Darüber muss gesprochen werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, was ist mit uns? Wir müssen in diesem Land auch eine Diskussion darüber führen, was uns in der Politik antreibt, was uns bewegt, von welchen Grundsätzen und von welchem Fundament aus wir Politik machen. Und da haben wir etwas zu bieten, etwas ganz Entscheidendes zu bieten, nämlich unsere Grundsatzposition, dass wir Politik machen auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Und diese Grundlage christlichen Menschenbildes heißt ganz einfach formuliert, wir als christliche Demokraten, wir akzeptieren den Mensch so, wie er hier geht und steht, das ist der wahre Mensch. Wir legen es in der Politik nicht darauf an, den Menschen umzuerziehen. Aber genau das ist das Ziel Rot/Grüner-Politik, Rot/Grüner-Gesellschaftspolitik. Der Mensch soll umerzogen werden, und wenn er's nicht freiwillig macht, wird mit Gesetzen nachgeholfen. Und deshalb kann ich nur sagen, der Mensch ist der wahre Mensch, so wie er geht und steht. Die einen haben gesagt, er muss der richtigen Rasse angehören, die anderen haben gesagt in der DDR, er muss der richtigen Klasse angehören, die anderen haben gesagt, er muss eine entsprechende Hautfarbe haben. Und jetzt erleben wir, er muss eine korrekte politische Einstellung haben, und die wird natürlich von der Rot/Grünen-Regierungskoalition diktiert. Und wenn's nicht hilft, dann machen wir ein Antidiskriminierungsgesetz, wo wir tief in die gesellschaftlichen Verhältnisse unseres Lebens eingreifen. Das wollen wir nicht. Und dies ist schon mit ein Grund, warum ich sage, es muss sich in Deutschland 2006 etwas ändern, damit dieser Irrweg nicht fortgeführt wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, aber wir sind nicht nur in den Ländern, in denen wir regieren, gut, nein, wir haben auch hier in Berlin in der nationalen Politik die guten Konzepte anzubieten. Nach dem Leipziger Parteitag, auf dem wir bahnbrechende Reformen beschlossen haben, haben wir eine unglaubliche Zustimmung in diesem Land erfahren. Aber, und das gehört auch zur Wahrheit, richtig ist, dass es uns dann im Verlaufe des Jahres 2004 nicht gelungen ist, unsere Vorstellungen ausreichend in den Köpfen und in den Herzen der Menschen zu verankern. Und deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, wird es eine wichtige Aufgabe von mir, aber auch von uns allen sein, darüber zu reden, wie wir uns die Entwicklung unseres Landes Deutschland ab dem Jahr 2006 vorstellen. Da werden wir natürlich darüber reden, dass das jetzige Gesundheitssystem ungerecht ist, dass es jetzt schon zur Zweiklassenmedizin geführt hat und dass wir mit unserer solidarischen Gesundheitsprämie die richtige Alternative haben. Wenn ich da den einen oder anderen Verzagten auch in unseren Kreisparteien höre, dann kann ich nur sagen, wenn ihr das Konzept nach draußen jetzt richtig vertreten, werdet ihr sehr schnell spüren, dass die Zustimmung dafür wächst, weil die Menschen wissen, dass dieses System, das wir jetzt haben, ausgedient hat und keine Zukunftschance hat.

Da werden wir natürlich über die hohe Arbeitslosigkeit reden, Angela Merkel hat es angesprochen, und da werden wir natürlich darüber reden, dass wir mit unserem Beschluss von

Leipzig und mit unserem 20 Punkte-Programm, das wir auch zu einer Beschlussvorlage im Deutschen Bundestag eingebracht haben, eine Alternative haben. Und dann werden wir darüber reden, ich hab's vorhin angesprochen, was an Vermittlungsaufgaben notwendig ist. Und da werden wir natürlich über das undurchsichtige, bürokratische und überholte Steuersystem in Deutschland sprechen und unsere Alternative, ein neues Steuergesetz, einfacher, klarer, deutlicher und mit geringeren Steuersätzen.

Und eine Hausaufgabe müssen wir noch machen, und zwar so schnell als möglich. Wir brauchen ein neues Unternehmenssteuerrecht. Die Wirtschaft, die Unternehmen müssen wissen, auf was sie sich bei Investitionen einlassen können und worauf nicht. Der Wettbewerb ist gnadenlos, und nicht der Wettbewerb zwischen Deutschland und Tschechien, sondern der Wettbewerb zwischen Österreich, der Schweiz, also alles Länder, die keine Entwicklungsländer sind, die uns die Arbeitsplätze streitig machen. Und deswegen muss an diesem Thema dringend etwas gemacht werden. Und ich will diese Arbeit des neuen Unternehmensteuerrechts auch nachhaltig vorantreiben.

Liebe Freundinnen und Freunde, aber dies allein wird nicht ausreichen, wir müssen den Menschen zeigen und die Menschen müssen spüren, dass alles, was wir machen, aus Verantwortung geschieht. Ja, wir haben als Politiker eine Verantwortung für die Lebens- und Zukunftschancen der in Deutschland lebenden Menschen. Und dabei heißt Verantwortung in unserem Sinne, im christlich-demokratischen Sinne, immer Verantwortung für andere. Wir wollen den Menschen mehr Freiheit geben. Wir wollen, dass sie ihr Leben selbst gestalten. Wir wollen ihnen mehr Eigenverantwortung zutrauen. Dies sind alles unsere Positionen. Aber zugleich müssen wir auch klar und deutlich sagen, dass die Solidarität und die Sorge für die Schwächeren immer Teil unserer verantwortlichen christlich-demokratischen Politik sein wird. Niemand, und da werden wir natürlich alle Angriffe auch abwehren, niemand muss sich Sorgen machen, dass mit der CDU seine soziale Sicherheit gefährdet wird. Aber jeder muss sich Sorgen machen, dass bei dieser Bundesregierung sein sozialer Standard nicht gehalten werden kann. Das sind die beiden unterschiedlichen Auffassungen, über die wir reden müssen. Und liebe Freundinnen und Freunde, wir tragen Verantwortung, die notwendigen Veränderungen durchzuführen und zugleich das zu bewahren, was unter verantwortlicher Betrachtung nicht verändert werden darf. Wenn uns dies gelingt, dass die Menschen erkennen, dass die Politikerinnen und Politiker in der Christlich Demokratischen Union sich um sie, um ihre Sorgen, um ihre Zukunftschancen kümmern, dass wir den Menschen ganz nah sind und dass es nicht um schnöde parteipolitische und personalpolitische Interessen in dieser Union geht, dann gewinnen wir neues Vertrauen. Und dieses Vertrauen ist Ausgangsbasis für alles, was wir in den nächsten 20 Monaten an so Wichtigem und Großem in diesem Land vorhaben.

Und dann, liebe Freundinnen und Freunde, nur etwas bruchstückhaft, noch nicht abgeschlossen, müssen wir uns noch in einigen Themen besser positionieren. Und sie sind nun gar nicht in der Bedeutung aufgelistet, sondern nur Themen und Fragen, in denen wir uns in der nächsten Zeit hier im Konrad-Adenauer-Haus beschäftigen müssen. Bildung, Forschung, Innovation ist angesprochen worden. Unser Thema: die CDU schafft bessere Bildungsqualität, die CDU ist die Modernisierungspartei in der Bildung, die CDU hat einen klaren Kompass für Bildung, für Erziehung und Orientierung. Es geht nämlich nicht nur darum, dass alle Schulen vernetzt werden. Und es geht nicht nur darum, dass an jedem Schulplatz ein PC steht, sondern es geht darum, dass die jungen Menschen in dieser Schule

auch Orientierung für's Leben bekommen, und das heißt Qualität von Bildung und Erziehung, und darüber müssen wir miteinander reden.

Wir sind, liebe Freundinnen und Freunde, die Partei der Sicherheit. Angela Merkel hat es angesprochen. Wie haben wir, lieber Norbert Röttgen, leidvoll im Rechtsausschuss erleben müssen, dass wir jede Position zu einer verbesserten Einsetzung der Gen-Analyse, der DNA-Analyse haben durchboxen müssen. Jedes Mal sind wir verdächtigt worden, wir würden die persönlichen Rechte der Menschen einschränken wollen. Und da kann ich nur sagen, die DNA-Analyse ist der moderne Fingerabdruck im 21. Jahrhundert. Und ich sage, Rechte von Menschen einschränken, das größte Recht ist bei den Menschen eingeschränkt worden, die umgebracht worden sind. Und da haben wir alles dafür zu tun, aufzuklären und wirksam gegenzusteuern.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Familienpolitik. Angela Merkel hat es angesprochen, wir werden nachher darüber reden. Ich teile zu 100 % die Auffassung, die unsere Vorsitzende gesagt hat. Wir brauchen einen Gesamtkomplex in dieser Frage. Viele Punkte spielen eine Rolle, vor allem aber Zutrauen in die Chancen dieses Landes und in meine eigenen persönlichen Möglichkeiten, dann kann es auch wieder besser werden.

Wir müssen ganz intensiv über ein zentrales Zukunfts- und Wachstumsthema in unserer Partei sprechen und auch in der Gesellschaft. Energiepolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir brauchen eine neue Energiepolitik. Energiepolitik ist ein in unserer politischen Diskussion radikal verdrängtes Thema. Und dies dürfen wir nicht zulassen. Ja zu alternativen Energien. Aber die ganze Wahrheit muss auch gesagt werden. Allein mit Windkraft, mit Wasserkraft und Photovoltaik werden wir den Energiebedarf eines 80 Millionen Volks nicht befriedigen können. Und deswegen muss darüber gesprochen werden.

Und, liebe Freundinnen und Freunde, es muss darüber gesprochen werden, dass Energieforschung und Energiewissenschaft in unserem Land so gut wie nicht mehr stattfindet. Neben vielen Tausenden von Arbeitsplätzen hat man diese Zukunftstechnologie aus unserem Land vertrieben. Und deshalb müssen wir da ganz klar und deutlich sprechen. Es wird sicher nicht ganz einfach werden. Und da kommt sofort die Frage, die mir in diesen Tagen ein Journalist gestellt hat: "Herr Kauder, wollen sie mehr Kernkraftwerke bauen?" Dafür sehen wir im Augenblick keine Notwendigkeit. Aber wir sehen die Notwendigkeit, dass die verweigerte Diskussion um die Energieform, die wir brauchen, endlich einmal wieder aufgenommen wird. Wir brauchen diese Diskussion. Und wir werden in wenigen Wochen dazu auch Vorschläge vorlegen können.

Und, liebe Freundinnen und Freunde, ein ganz wichtiges Thema, das wir ansprechen müssen in der Union, das gemeinhin als weiches Thema angesprochen wird, und trotzdem für so viele Menschen Bedeutung hat, für die Jungen, die mittleren Alters und für Ältere. Und die Bezeichnung dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Wir, die Christlich Demokratische Union, sind die Partei des Lebensschutzes, am Anfang des Lebens und am Ende. Und wir werden nicht zulassen, dass die Frau Zypries, die zwar vielleicht die eine oder andere gute Idee hat, sich aber bei diesem Thema in diesem Kabinett ohnehin nicht durchsetzen kann, und es deshalb gar keinen Wert hat, wenn sie was sagt, da kommt doch sofort jemand und sagt etwas anderes, wir werden nicht zulassen, dass hier eine Diskussion geführt wird nach dem Motto, wer krank ist, wer schwerkrank ist, wer schwer pflegebedürftig ist, hat eigent-

lich keine Existenzberechtigung mehr in diesem Land. Dies ist unmenschlich, und wir brauchen mehr menschliches Klima in diesem Land und nicht mehr Kälte.

Und liebe Freundinnen und Freunde, ein letztes Thema will ich ansprechen. Was mich auch wundert, dass es in unserer gesellschaftlichen Diskussion bisher so am Rande geführt worden ist, wir müssen es mehr ins Zentrum der politischen Diskussion rücken. Zuwanderung und Integration. Und ich werde auch gleich, damit es keine Missverständnisse gibt, sagen warum. Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, was die Zuwanderung in unserem Land bedeutet und wir müssen bei den Menschen, die in diesem Land leben, von ihnen einfordern, dass sie sich integrieren und einen Beitrag für die Zukunft dieses Landes leisten. Wir brauchen diesen Beitrag von allen, die in diesem Land leben. Und deswegen darf niemand abseits stehen. Und deswegen müssen wir uns mit diesem Thema der Integration in besonderer Weise befassen.

Liebe Freundinnen und Freunde, es gibt viele in unserer Partei, die gute Ideen haben, und es gibt viele außerhalb unserer Partei, in der Gesellschaft, die gute Ideen haben. Und deswegen will ich all diejenigen, die gute Ideen haben, in meine Gespräche mit einbeziehen. Ich werde Gesprächsrunden im Konrad-Adenauer-Haus einrichten, indem ich Mitbürgerinnen und Mitbürger einlade aus Wissenschaft, Naturwissenschaft, aus Kultur und Medien, Forschung, mit mir zu reden, damit wir ein tieferes und genaueres Bild über Entwicklungen erhalten. Und ich fordere dazu jeden auf. Jede und Jeder in unserem Land, der uns helfen will, diesem Land und den hier lebenden Menschen eine bessere Regierung zu stellen, ist herzlich eingeladen mitzumachen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich kann bei den vor mir stehenden Aufgaben auf ein gut bestelltes Haus zurückgreifen und auf gute Vorarbeit. Dafür sage ich Laurenz Meyer, dem ich freundschaftlich verbunden bleibe, einen herzlichen Dank. Und ich werde nicht vergessen, lieber Laurenz, was Du in den vergangenen vier Jahren für diese Partei geleistet hast und was Du ihr bedeutest.

Und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Konrad-Adenauer-Haus rufe ich zu, wir haben zwei spannende, arbeitsreiche Jahre, knapp zwei Jahre vor uns, und ich bin sicher, dass wir miteinander auf einen guten Weg kommen. Ich setze auf Sie, ich vertraue auf Sie. Und ich möchte, dass von diesem Parteihaus Freude ausstrahlt wird, dass wenn man zu mir in dieses Haus kommt, dass man spürt, das sind engagierte Leute, Männer und Frauen, die ein großes Ziel haben und sich schon heute darauf freuen, die Regierung im Jahr 2006 übernehmen zu können, nachdem wir noch in einigen Ländern für die Menschen was Gutes getan haben, lieber Jürgen Rüttgers und lieber Peter Harry Carstensen.

Liebe Freundinnen und Freunde, aber nun noch ein Wort zum Schluss. Wir werden unser Ziel nur erreichen, wenn die Menschen in uns Vertrauen setzen. Vertrauen setzen sie in uns aber nur, wenn sie uns auch etwas zutrauen. Und dies allerdings bedeutet, dass wir über uns, über unsere Politik und über diejenigen, die in unserer Partei an der Spitze Politik machen, möglichst gut und überhaupt nicht schlecht reden. Wie sollen die Menschen glauben, dass wir wirklich Klasse sind, dass wir Superpersonal haben, wenn wir uns ständig selbst in der Öffentlichkeit attackieren. Dies muss aufhören.

Leidenschaftlichen Siegeswillen, den wir brauchen, die anderen werden es uns nicht leicht machen. Es soll niemand glauben, dass die Wahl 2006 leichter zu gewinnen ist als die Wahl

2002. Leidenschaftlichen Siegeswillen können wir aber nur dann zeigen, wenn wir eine verschworene Truppe treuer Freunde sind. Deswegen will ich alles tun, damit wieder mehr Geschlossenheit in unsere Reihen kommt.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe nun wenig oder gar nichts über meine Person gesagt. Die meisten kennen mich, und in diesen Tagen wird in den Zeitungen viel über mich geschrieben, viel Wahres, und auch manches, was nicht ganz so stimmt. Sei's drum. Ich nehme diese Aufgabe, wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, kämpferisch an. Wir haben ein großes Ziel vor uns, dass wir die Umerziehung der Gesellschaft im Jahr 2006 beenden wollen, und nicht unser Ziel ist, diese Regierung aus dem Amt zu jagen, sondern unser Ziel ist, diesem Land, seinen Menschen eine bessere Regierung zu stellen. Liebe Angela Merkel, Sie können sich auf meinen Beitrag verlassen.

Ende